

Edda-Müller-Archiv

www.bayerischer-anwaltverband.de

Ethik in Zeiten der Krise (2013)

Ethik in Zeiten der Krise

Prof. Dr. Edda Müller, Transparency International Deutschland

Maison Heinrich Heine, Cité internationale universitaire de Paris

am 26. März 2013, Paris

Anrede,

ich möchte den Veranstaltern zunächst ganz herzlich für die Einladung danken. Ich habe sie sehr gerne angenommen. Mich hat neben vielen anderen guten Gründen, mal wieder in Paris zu sein, vor allem das Vortragsthema „Ethik in Zeiten der Krise“ gereizt. In meinem Berufsleben habe ich mich in den verschiedensten Funktionen immer wieder für gemeinwohlorientierte Ziele wie den Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt, und ich habe versucht, notorisch schwachen Interessen und Schutzziele wie zum Beispiel dem Verbraucherschutz eine Stimme zu geben. Heute bin ich ehrenamtliche Vorsitzende von Transparency Deutschland und kämpfe zusammen mit zahlreichen Mitstreitern im weltweiten Netzwerk von Transparency International (und unseren französischen Freunden) gegen das Übel der Korruption. All diesen Aktivitäten ist eine Erfahrung gemeinsam, dass wir nämlich ohne einen grundlegenden Paradigmenwandel – ohne eine Rückbesinnung auf ethische Prinzipien und Werte einer düsteren Zukunft sowohl für den Weltfrieden als auch die Demokratie in unseren Breiten entgegensehen. Für den notwendigen Wertewandel braucht es eine Gemeinschaft von Menschen, die „sich empören und engagieren“, um Stephane Hessel zu zitieren. Und da fällt mir natürlich auch Heinrich Heine, der Namenspatron dieses Ortes ein. Vielleicht würde er seine berühmte Mahnung an seine deutschen Landsleute heute etwas anders formulieren, nämlich: Denk ich an den Zustand der Welt in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht.

Aber nun zu meinem Vortrag, der ein realistisches Bild der heutigen Lage, nicht aber eine Weltuntergangsstimmung vermitteln will. Ich habe ihn in drei Teile gegliedert.

Zunächst werde ich über die Krise sprechen. **Um welche Art von Krise geht es eigentlich und was hat die Ethik damit tun?**

Im zweiten Teil werde ich **diese Aussagen anhand praktischer Beispiele illustrieren.**

Im dritten Teil geht es schließlich um die **Therapie. Wie lassen sich ethisches Verhalten und mehr Verantwortlichkeit voranbringen und was ist in diesem Zusammenhang von der Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger zu halten?**

Zur Krise – und um welche Art von Krise geht es eigentlich?

Ein deutschsprachiges Politiklexikon bezeichnet Krise als eine über „einen längeren Zeitraum anhaltende massive Störung des gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Systems“. ¹ Diese berge gleichzeitig die Chance in sich, aktiv nach einer qualitativen Verbesserung der Lage zu suchen. Diese qualitative Verbesserung ist – so die **Ausgangsthese** meines Vortrages - die **Rückbesinnung auf ethische Prinzipien und Werte, die für den Zusammenhalt einer Gesellschaft notwendig sind.** Es sind dies die unübertroffen prägnant formulierten Ideale der französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“; der Respekt vor der Würde jedes Menschen, Gerechtigkeit zu üben gegen Jedermann und die Solidarität der Starken mit den Schwachen.

Die „**Krise unserer Zeit**“ hat die **verschiedensten Gesichter.** Wir reden von der Eurokrise, der Finanzmarktkrise, von Hunger und Armut, die den Frieden - auch den gesellschaftlichen Frieden in unseren Ländern – bedrohen. Wir haben es außerdem mit ökologischen Krisen zu tun wie dem Klimawandel, dem Verlust an Artenvielfalt und der zunehmenden Knappheit wichtiger Ressourcen. Ich nenne diese Problembereiche die „**großen Systemkrisen.**“ Es gibt daneben die „**kleinen Alltagskrisen**“. Verbraucher werden nicht selten betrogen und getäuscht. Jüngste Beispiele sind hierfür der Pferdefleischskandal sowie die Falschdeklaration von Bio-Eiern, die derzeit in Deutschland für Aufregung sorgen. Kafkaeske Situationen, bei denen hilfeschuchende Menschen von Pontius zu Pilatus geschickt werden, erleben wir in Deutschland nicht mehr vorrangig in staatlichen Behörden sondern in der Auseinandersetzung mit privaten Firmen, die ehemals staatliche Dienstleistungen wie z. B. den Bereich der Telekommunikation übernommen haben. Um hier im Streitfall sein Recht zu

¹ Schubert, Klaus/Klein, Martina: Das Politiklexikon, 5. aktual. Aufl., Bonn 2011, Stichwort Krise

bekommen, braucht man oft einen langen Atem oder besser noch eine Rechtsschutzversicherung.

Ich will die Ursachen und Gefahren dieser großen und kleinen Krisenerscheinungen hier nicht im Einzelnen erörtern. Ihnen ist gemeinsam, dass „die Politik“ und die Nationalstaaten entweder nicht fähig oder nicht willens sind, die Probleme zu lösen. **Bei den Menschen führt dies zu einem Gefühl der Ohnmacht und Unsicherheit. Dieses Ohnmachts- und Unsicherheitsgefühl ist gepaart mit dem Eindruck, dass es auf unserer Welt nicht gerecht zugeht, dass man „denen da oben“ nicht trauen kann und dass „Moral, Anstand und Sitte“ in den Chefetagen von Wirtschaft und Politik Fremdwörter zu sein scheinen.**

Alle Krisenerscheinungen überwölbend ist – so meine These - daher die **Vertrauens- und Gerechtigkeitskrise**. Sie ist die eigentliche Krise unserer Zeit. Sie bedroht in unseren Ländern die Demokratie und sie bedroht den Weltfrieden generell.

Zunächst zur Vertrauenskrise und zum Vertrauensverlust²

Transparency International untersucht regelmäßig in einer Reihe von Staaten die Einschätzung der Bürger hinsichtlich der Korruptionsanfälligkeit bzw. Integrität einzelner Sektoren von Staat und Gesellschaft. Seit Jahren werden dabei in Deutschland **die politischen Parteien und die Privatwirtschaft** als besonders korruptionsbelastet und **am wenigsten integer** eingestuft. Zum selben Ergebnis kommen die Umfragewerte für Frankreich³.

Auch unser jüngster „**Nationaler Integritätsbericht**“ erbrachte für die Parteien relativ schlechte Noten (70 von 100 Punkten)⁴. Gefragt wurde, inwiefern die politischen Parteien die Themen öffentliche Verantwortlichkeit und Kampf gegen Korruption bei ihrer Arbeit und ihrer Programmatik beachten. Als wenig glaubwürdig wird auch die **persönliche Integrität politischer Amtsträger** gewertet. Nicht wenige Bürger unterstellen Politikern – ob zu Recht oder zu Unrecht - dass sie die ihnen anvertraute Macht zum privaten Nutzen oder

² Vgl. auch Vortrag bei den Hannah-Arendt-Tagen in Hannover am 6. Oktober 2012

³ Vgl. Transparency international. Korruptionsbarometer 2010, www.transparency.de, Menüpunkt Indizes. Auf einer Skala von 1 (gar nicht korrupt) bis 5 (extrem korrupt) erreichen die Parteien einen Wert von 3,7 in Deutschland und 3,6 in Frankreich, Die Wirtschaft kommt in beiden Ländern auf einen Wert von 3,3.

⁴ Vgl. Transparency International Deutschland: Nationaler Integritätsbericht Deutschland (NIS-Bericht), Berlin 2012,

Vorteil missbrauchen. Die vermutete Käuflichkeit politischer Amtsträger kann die verschiedensten Formen annehmen. Dazu gehören nicht nur die Annahme von Geld, die Ausübung gut bezahlter Neben- und Vortragstätigkeiten sowie sonstiger geldwerter Vergünstigungen sondern auch die Versorgung mit lukrativen Posten. Wir fordern bereits seit vielen Jahren eine dreijährige Karenzzeit zwischen dem Ausscheiden aus einem Regierungsamt und der Übernahme eines Postens in einem Bereich der früheren Zuständigkeit (Drehtüreffekt).

Der Vertrauensverlust in die politischen Institutionen kann verheerende Folgen für die Integrationskraft und Legitimität unseres politischen Systems haben. Als ein möglicher Indikator für das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in ihre politischen Institutionen gelten die Wahlbeteiligungen. Sie werden seit vielen Jahren im Rahmen der Forschungsprogramme der EU-Kommission erhoben und im **European Election Survey** veröffentlicht⁵. Die Ergebnisse zeigen regelmäßig, dass die etablierten demokratischen Verfahren wie z.B. Beteiligung an Wahlen, Mitgliedschaft und Engagement in Parteien, Bedeutung von Parlamentsdebatten an Bedeutung verlieren. Insgesamt zeigen die Daten des European Election Survey in allen älteren europäischen Demokratien „**eine frappierende Abwesenheit von Vertrauen in Parteien und auch Parlamente**“.⁶ Weit über 80 Prozent der befragten Bürger trauen den Parteien und dem Parlament „nicht sehr“ oder „gar nicht“.⁷ Interessanterweise genießen demgegenüber in Deutschland die sog. nicht majoritären Institutionen wie die Verfassungsgerichte und die Zentralbanken, die dem politischen Streit entzogen sind, ein deutlich höheres Ansehen⁸ (Untersuchung von 2008 - ob die Zentralbanken nach Eurokrise und Finanzmarktkrise noch das gleiche Ansehen genießen, wäre herauszufinden).

Am Ansehensverlust der politischen Institutionen sowie des öffentlichen Sektors generell haben führende Wirtschaftsbesitzer und ihre Sprachrohre massiv mitgewirkt. Ihr Selbstverständnis von der Überlegenheit, Effizienz und Effektivität der Privatwirtschaft gegenüber öffentlichen Leistungserbringern wurde lange Zeit empirisch weder überprüft noch in Frage gestellt. Dies galt für

⁵ Vgl. zu den Ergebnissen des European Election Survey Michael Zürn: Perspektiven demokratischen Regierens im 21. Jahrhundert und die Rolle der Politikwissenschaft, in: vhw FWS 4/Juli-September 2012, S. 180

⁶ s. Zürn, ebenda

⁷ Ergebnisse des European Election Survey 2009, vgl. Zürn, ebenda

⁸ Ergebnisse des European Social Survey, vgl. Zürn, ebenda

weite Kreise der Politik und des öffentlichen Sektor selbst. Es wurde weitergetragen von den Medien und spiegelte nicht zuletzt die allgemeine öffentliche Meinung wider. Heute ist nach der Finanzmarktkrise, dem Bekanntwerden von Umwelt- und Sozialdumping im weltweiten Wettbewerb sowie der schamlosen Selbstbedienung von Spitzenmanagern auch das Ansehen der Wirtschaft massiv beschädigt.

Der Vertrauensverlust in die Integrität politischer Akteure ist inzwischen – zumindest in Deutschland – auf der politischen Agenda. Ich werde hierauf zurückkommen. In weiten Kreisen der Wirtschaft scheint man dagegen noch dem Rezept eines „ideologisch radikalisierten Wirtschaftsliberalismus“ (Ulrich) anzuhängen. Die Lösung fast aller wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme ist der Ruf nach mehr Markt und mehr Wettbewerb sowie nach weniger politischen Vorgaben, mehr Deregulierung und Privatisierung. Erst allmählich etabliert sich in der Wirtschaftswissenschaft das Fach der Wirtschaftsethik, deren Aufgabe es ist, die normative Grundausrichtung des derzeitigen Wirtschaftsystems zu hinterfragen⁹

Zur Gerechtigkeitskrise und Verantwortungslosigkeit

Zwei Bücher standen in Deutschland im letzten Jahr ziemlich weit oben auf der Bestseller Liste. Es war zum einen das Buch von dem „Spiegel“-Journalisten Jörg Schindler: Die Rüpel-Republik. Warum wir sind wir so unsozial?¹⁰ Und zum anderen das Buch des Journalisten Walter Wüllenweber: Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert¹¹. Für Schindler ist der Regelbruch in Deutschland zum Regelfall geworden. Vorreiter der „um sich greifenden gesellschaftlichen Verwahrlosung“ seien Politik und Wirtschaft. Eingeleitet worden sei dieser Prozess als in der Folge von Thatcher und Reagan Deregulierung zur Leitlinie erklärt wurde: „Alles wurde nun liberalisiert, also befreit: der Handel von seinen Schranken, der Markt von seinen Restriktionen, die Arbeit von ihrem Schutz, die Banken von ihrer Aufsicht, die Welt von ihren Grenzen, der Mensch von seiner Privatsphäre“. Jeder sehe nun, wo er bleibt. Das Resultat sei eine zunehmende

⁹ Vgl. Peter Ulrich: Wirtschaftsethik nach der Krise – Reflexionen aus der Sicht des St. Galler Ansatzes der integrativen Wirtschaftsethik, Stuttgart 2011

¹⁰ Jörg Schindler: Die Rüpel-Republik. Warum sind wir so unsozial?, Frankfurt/Main 2012

¹¹ Walter Wüllenweber: Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert, München 2012

Entsolidarisierung der Gesellschaft¹². Dass diese Verwahrlosung nicht allein ein Problem der „Reichen“ und „Schönen“ sei, fasst Wüllenweber in die provokante Aussage: „Die Reichen tricksen beim Finanzamt, die Armen beim Sozialamt“.¹³

Solche populären Bücher haben einen konkreten materiellen Hintergrund. Belegen will ich dies mit drei Zahlen aus dem vor Kurzem in Deutschland veröffentlichten „Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“.¹⁴

- Der Vermögensanteil der vermögensstärksten 10 Prozent der Bevölkerung ist in den letzten Jahren weiter angestiegen und beträgt derzeit über die Hälfte des privaten Nettovermögens. Demgegenüber verfügen die Haushalte in der unteren Hälfte nur über ein Prozent des gesamten Nettovermögens.¹⁵
- 2010 gaben etwa 15 Prozent der Menschen in Deutschland an, dass sie nach eigenem Empfinden nur schwer mit ihrem Einkommen auskommen. 2002 waren es noch 13,6 Prozent. 2006 lag der Anteil allerdings mit 18,2 Prozent höher als 2010.¹⁶
- 16 Prozent der in Deutschland Beschäftigten mit einem Niedriglohn haben ein Einkommen, das unter der Armutsrisikoschwelle liegt und daher durch staatliche Zuwendungen aufgestockt werden muss¹⁷.

Das „moralische Desaster“¹⁸ erklärt sich allerdings erst, wenn man diese Zahlen in Vergleich setzt zu den Managergehältern, den Boni und Abfindungen in der Realwirtschaft und dem Finanzsektor, und wenn man an die Arbeitslosen denkt, die nicht selten aufgrund des Missmanagements hoch bezahlter Manager ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Die Gerechtigkeitskrise manifestiert sich vor allem aber auch in den internationalen Beziehungen und in der Globalisierung der Weltwirtschaft.

Die alten Industrieländer haben sich jahrhundertlang auf Kosten der Entwicklungsländer bereichert. Sie haben die extremen Unterschiede zwischen

¹² Vgl. Schindler .a.a.O., zitiert nach Tagesspiegel vom 17.12. 2012, S. 25 „Die verwahrloste Gesellschaft“

¹³ Vgl. Wüllenweber .a.a.O., zitiert nach Tagesspiegel, ebenda

¹⁴ Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Hrsg. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn, März 2013,

¹⁵ vgl. Armuts- und Reichtumsbericht, a.a.O.; S. XII, Zahlen von 2008

¹⁶ vgl. Armuts- und Reichtumsbericht, a.a.O., S. 328

¹⁷ vgl. Armuts- und Reichtumsbericht, a.a.O., S. 335

¹⁸ vgl. Tissy Bruns: Das Ansehen der Wirtschaft ist in höchster Gefahr“, Tagesspiegel vom 1. 11. 2009, S. 8

arm und reich in Entwicklungsländern ebenso wie das Entstehen autoritärer Systeme lange Zeit hingenommen, wenn es denn den eigenen Wirtschaftsinteressen diene. Sie haben Raubbau an ihrer eigenen Natur und den Energieressourcen betrieben. Sie sind daher wenig glaubwürdig, wenn Sie nun insbesondere von den Schwellenländern den Schutz der verbliebenen Regenwälder, den Erhalt der Artenvielfalt sowie die Verminderung von Treibhausgasen einfordern. Das gleiche Dilemma zeigt sich, wenn es um den Schutz von Arbeitnehmerrechten und um die Menschenrechte geht. Solche Verstöße wurden nicht nur hingekommen sondern aktiv gefördert, wenn es um das Interesse an billigen Rohstoffen, billigen Arbeitskräften und dem Absatz z.B. von Pestiziden für die Landwirtschaft ging oder auch um den Verkauf von Luxuskarossen an die korrupten Eliten ansonsten bettelarmer Länder.

Wenn heute die reichen Industrieländer den Schwellenländern vorwerfen, durch Sozial- und Umweltdumping den internationalen Wettbewerb zu verfälschen und Arbeitsplätze in den ehemals reichen Industrieländern zu gefährden, dann ist die geforderte Solidarität und Verantwortung angesichts der eigenen Verantwortungslosigkeit wenig überzeugend.

Die Beispiele

An drei Beispielen will ich das Glaubwürdigkeitsproblem sowie die sich hieraus ergebende Gerechtigkeits- und Vertrauenskrise erläutern:

- Der Korruption sowie den Menschenrechtsverletzungen im Bereich der **Rohstoffgewinnung**;
- Der Verselbständigung der **Finanzindustrie**, der Story von den Schattenfinanzzentren sowie mangelnder Steuergerechtigkeit sowie
- der systemimmanenten **Verantwortungslosigkeit** des Marktes aufgrund der Intransparenz internationaler Wertschöpfungsketten.

Beispiel Rohstoffreichtum und Ressourcenfluch

Das Verhältnis von Rohstoffreichtum, Armut breiter Bevölkerungsschichten und Korruption belegt jährlich unser **Korruptionswahrnehmungsindex**. So rangieren vor allem rohstoffreiche Länder seit Jahren am unteren Ende der

Korruptionsskala. Unter den besonders erdölreichen Ländern sind das z.B. 2012 der Irak (18), Venezuela (19), Libyen (21), Nigeria (27) sowie Russland (28).

Wie eng der Zusammenhang von Ressourcenreichtum, Korruption, Regierungsversagen, der Verletzung von Menschenrechten und politischer Instabilität ist, zeigten die Ereignisse im arabischen Raum. Dass mit dem Regimeumsturz in einigen Ländern die Probleme noch nicht gebannt sind, belegt der **Bericht eines ehemaligen Mitarbeiters** der staatlichen **National Oil Corporation von Libyen**, der am 17. August letzten Jahres in der New York Times erschien. Der Autor, Najwa al-Beshti berichtet, er habe zu Zeiten Gaddafis die Korruption im Bereich der staatlichen National Oil Corporation als Mitarbeiter in der Vertragsabteilung selbst mit erlebt. Sie sei aufgetreten in Form des Missmanagements von millionenschweren Öleinnahmen, als systematische Unterbewertung von Förderrechten, Preisdumping für ausgewählte Unternehmen sowie dem Verschwinden von Millionen von Barrel an Rohöl von einem Ölfeld im Jahr 2008. Najwa al-Beshti befürchtet, dass die damaligen Ursachen nach wie vor nicht beseitigt sind. Er erklärt: „Wenn wir Libyen verändern wollen, müssen wir nicht nur die Vergangenheit untersuchen, sondern auch die **Beziehungen zwischen der Energiewirtschaft und unserer Regierung reformieren**. Wir müssen sicherstellen, dass Ausschreibungen fair und offen sind, dass Verträge transparent und ehrlich sind und Erlöse angemessen verwendet werden. Offenlegung und gesetzliche Kontrolle von Verträgen und Zahlungen sind wesentlich“.¹⁹

Genau diese Transparenz und Überprüfbarkeit scheuen die weltweit operierenden Energie- und Rohstoffkonzerne ebenso wie korrupte Regierungsvertreter. 2010 haben die USA dies ändern wollen. Sie haben mit

¹⁹ im Original auf Englisch, Najwa al-Beshti: A Libyan's Plea to the S.E.C., New York Times, 17. 8. 2012, S. 19

dem **‘Dodd- Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act’**

länderbezogene Offenlegungspflichten für Unternehmen, die im Rohstoffabbau tätig sind, gesetzlich verankert. Börsennotierte Unternehmen in den Geschäftsfeldern Gewinnung von Energie- und mineralischen Rohstoffen müssen Auskunft über die Herkunft von Rohstoffen in ihren Produkten aus Krisenregionen geben sowie – ab Oktober 2013 - ihre Zahlungen in Form von Steuern, Gebühren und andere Zahlungen für Projekte über 100.000 US-Dollar an ausländische Regierungen offenlegen. Die US-Börsenaufsicht SEC hat inzwischen Ausführungsvorschriften erlassen. Betroffen sind alle einschlägigen Firmen, die an der US-Börse notiert sind sowie z. B. auch deutsche und französische Unternehmen, die an der US-Börse gelistete Unternehmen beliefern. Die Verabschiedung der Regelung war in den USA hart umstritten. Gegen die Regelung hat das American Petroleum Institute, in dem u.a. auch europäische Unternehmen wie BP und Shell versammelt sind, inzwischen Klage eingereicht.

In Brüssel wird derzeit eine analoge Regelung verhandelt. Danach sollen Unternehmen aus der **Rohstoff- und Holzgewinnungsbranche** zur Offenlegung ihrer Zahlungen an ausländische Regierungen verpflichtet werden. Der Vorschlag befindet sich derzeit im Trilogverfahren zwischen Rat, Europäischem Parlament und EU-Kommission. Auf den Widerstand einiger Länder und der einschlägigen Wirtschaft treffen immer noch die Projektdefinition und die Forderung zur ausnahmslosen Offenlegung von Zahlungen. Es soll keinen „Bonus für korrupte Potentaten“ geben, d.h. für Länder, die eine besondere Scheu vor Transparenz haben, sollen keine Ausnahmen von der Offenlegungspflicht gelten. Die Verantwortung für Korruption sowie den Raub an der Bevölkerung rohstoffreicher Länder ist daher gut verteilt. Er betrifft nicht nur die korrupten Potentaten in den rohstoffreichen Ländern,

sondern gleichermaßen die dort tätigen Wirtschaftsbranchen sowie die Politiker in den Ländern, die sich zum Sprachrohr der Interessen der Wirtschaftskonzerne machen.

Beispiel Finanzindustrie, Schattenfinanzzentren und Steuerungerechtigkeit

Wie wohl kaum eine Krise vorher hat die Finanzkrise das Vertrauen in die Wohlfahrtfunktion des Finanzmarktes sowie die Problemlösungskompetenz der politischen Akteure erschüttert.

Begünstigt wurde diese Entwicklung auch in Deutschland durch **eine Politik der Deregulierung** und eine Finanzaufsicht, die ihre Aufgabe primär als Schutzfunktion für die Finanzinstitutionen verstand denn als Schutz für deren Kunden in der Realwirtschaft und die kleinen Sparer und Verbraucher.

Das Ergebnis ist eine **Finanzarchitektur**, die eine **Zuordnung von Verantwortung** und verantwortliches Verhalten **systematisch erschwert** oder auch unmöglich gemacht hat. Beispiele hierfür sind

- Komplexe und dem eigentlichen Zweck des Bankensystems zuwiderlaufende Finanzprodukte, intransparente Geschäftsmodelle sowie Interessenkonflikte durch die Vermischung von Anlagenverwaltung und Eigenhandel;
- falsche interne Anreize in Gestalt von Provisionen und Boni, die jeden Anstand und jede Fürsorge für den Kunden vermissen lassen;
- die Nutzung anonymisierter Instrumente und mathematischer Modelle wie des Hochfrequenzhandels oder von Risikoeinstufungen, die eine fallweise Wertung und damit auch individuelle Verantwortung bewusst ausschließen;
- ein genereller Mangel an Transparenz auf den Finanzmärkten, von Offshore-Finanz-Zentren, Schattenbanken sowie Rating-Agenturen.

Intransparenz, die Existenz von Steueroasen und mangelnde Steuergerechtigkeit sowie Korruption sind zwei Seiten einer Medaille. Generell kann man feststellen, dass **Intransparenzen und Missstände im internationalen Finanz- und Bankensystem die Korruption sowie die Geldwäsche begünstigen oder sogar erst möglich machen**. Korrupte Diktatoren und Kriminelle schaffen ihr unrechtmäßig erworbenes Geld außer

Landes. Transparency International stellt in einem Bericht über die Rückholung von Unrechtsgewinnen und Korruptionsgeldern fest, dass der größte Teil der Gelder nach dem Umweg über Schattenfinanzzentren auf Banken und Finanzzentren im Norden landet. Es haben sich neue Finanzknotenpunkte entwickelt, deren Zweck es ist, die Herkunft von Geldern zu verschleiern – z. B. von Botswana nach Dubai und Singapur oder von Angola nach Lagos und Johannesburg – bevor diese nach London oder New York - nunmehr sauber gewaschen - transferiert werden. Besonders attraktiv sind für solche „unrechtmäßigen Gelder“ Finanzplätze, die traditionell das Bankgeheimnis hochhalten. Dies gilt in Europa nach wie vor für Finanzinstitutionen in der Schweiz, Andorra, Monaco, Liechtenstein, Luxemburg und Zypern. Problematisch sind nach Auffassung von Tax Justice Network auch die Finanzplätze London und New York.²⁰

Korruption ist nicht das einzige Problem, das in vielen Ländern Entwicklung behindert und Menschenrechtsverletzungen begünstigt. Insbesondere transnational tätige Unternehmen nutzen die Intransparenz ihrer Geschäftsaktivitäten nicht selten, um Steuerzahlungen zu vermeiden. Sie verschieben ihre Profite von Land zu Land – oft auch über den Umweg von Steuer- und Regulierungsasien - und entziehen auf diese Weise den öffentlichen Haushalten dringend benötigte Einnahmen. Nichts ist so Intransparent wie das Steuergebaren transnationaler Konzerne – dies bestätigte eine **Untersuchung der 105 größten transnationalen Konzerne**, die Transparency International im vergangenen Jahr veröffentlicht hat.²¹ Nichts wird auch vom redlichen Arbeitnehmern und Steuerzahler als so ungerecht empfunden wie die Möglichkeit internationaler Konzerne sich der Pflicht zur Zahlung von Steuern für das Gemeinwesen zu entziehen.

Zur Verantwortungslosigkeit und Intransparenz des Marktes

²⁰ vgl. Transparency International: Recovering stolen assets: A problem of scope and dimension, Working Paper 2/2011, S. 4f

²¹ vgl. Transparency International: Transparency in Corporate Reporting. Assessing the World's Largest Companies, Berlin 2012

Das Welthandelssystem schützt mit den Regeln der Welthandelsorganisation, WTO, **Unternehmen, die ihre Waren unter menschenunwürdigen Bedingungen, mit Methoden des Sozial- und Umweltdumping herstellen lassen.** Verbindliche Vorschriften z. B. zum Verbot von Kinderarbeit, zur Einhaltung von Arbeitszeiten sowie zum Arbeitsschutz dürfen den internationalen Handel nicht behindern. Als verbotene nicht-tarifäre Handelshemmnisse gelten sogar entsprechende gesetzliche Warenkennzeichnungen und Verbraucherinformationen.

Der Markt erlaubt daher keine verlässliche Beurteilung der „inneren Werte“ von Waren und Dienstleistungen sowie der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen. Nachhaltiger Konsum und verantwortungsbewusstes Konsumentenverhalten, die derzeit gerne eingefordert werden, werden von den Wettbewerbsregeln des Marktes daher nicht nur nicht unterstützt, sondern vielmehr massiv behindert.

freiwillige Vereinbarungen, Siegel, keine wirksamen kontrollen – wer schützt den redlichen Unternehmer vor der Marketingstrategie der Unredlichen?

Nachhaltige Produktion, Nachhaltiger Konsum

Intransparenz als Problem Korruption in der 3. Welt, freiwillige Vereinbarungen anstelle verlässlicher verbindlicher Rahmensetzung. Wirtschaft s. Tissy Bruhns

Zur Therapie

Was ist zu tun? Demokratie und internationale Politik ist inkremental, d.h. viele kleine Schritte. Da gibt es noch eine Menge zu tun – Reformbedarf aufzählen. Wichtig sind der Zeitgeist und das Belief System. Hier tut sich etwas.

Heute erleben wir die Entstehung und das Wirken neuer zivilgesellschaftlicher Kräfte als Reaktion auf die zunehmende Unterordnung des Primats der Politik unter die Interessen des Marktes sowie des Eindrucks von Klientelpolitik anstelle des Bemühens um Gemeinwohlorientierung und eines fairen und gerechten Interessenausgleichs.

Marktskepsis wächst

Beispiel des Unterhalts von Krankenhäusern und Pflegeheimen oder auch der Energie- und Wasserversorgung. Erst allmählich wurde deutlich, dass sie damit in Bereichen der Daseinsvorsorge auch die Möglichkeit aus der Hand gaben, für eine sozial gerechte, die Chancengleichheit fördernde Bedürfnisbefriedigung zu sorgen. Nicht bedacht oder in Kauf genommen wurde auch, dass damit politische Verantwortung quasi privatisiert und kommerzialisiert wurde. Dass die Bürger dennoch nicht den Markt oder die privaten Unternehmen, sondern die Politik für Fehlentwicklungen verantwortlich machen, ist eine der Gründe für die zunehmende Politikverdrossenheit. Den Bürgern fehlt der Adressat für Kritik. Auch sehen viele Bürger kaum eine Möglichkeit, durch ihre Wahlentscheidung Veränderungen herbeizuführen. Konsequenz dieser Entwicklung ist zum einen das Anwachsen der Nicht-Wählergruppe zum anderen aber auch die Zunahme von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Damit verbunden ist das Erstarken zivilgesellschaftlicher Kräfte, die den Protest sowie plebiszitäre Aktionen initiieren und organisieren.

Nicht nur die nationale Politik hat in den letzten Jahrzehnten die Kontrolle über wesentliche Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft verloren. Der Steuerungsverlust sowie die Einschränkung nationaler Handlungsfähigkeit und Entscheidungskompetenz sind ein typisches Merkmal der Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie der von der Realwirtschaft abgekoppelten Finanzmarkttransaktionen. Die Schwierigkeiten der Politik, die Ursachen von Fehlentwicklungen wirksam zu bekämpfen und abzustellen, sind nicht – wie gerne behauptet wird - die Folge von unverschuldeten „Sachzwängen“. Diese wurden vielmehr bewusst herbeigeführt. Die Verselbständigung und „Unregierbarkeit“ des internationalen Finanzmarkts ebenso wie die sozial und ökologisch bedenklichen Auswirkungen der globalen Handelsströme sind nicht „vom Himmel gefallen“, sondern das Ergebnis politischen Tuns oder auch Nicht-Tuns. In Abwandlung von Joas These kann man sagen: Die maßgeblichen Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterstützten die Politik der Deregulierung, weil sie die Konzepte auf der Grundlage falscher Werte wählten²². Die Werte und Überzeugungen, an denen sie sich orientierten, entsprangen dem „Zeitgeist“. Er sah den Markt nicht als Mittel für Wohlstand sondern als Ziel von politischer Gestaltung. Zivilgesellschaftliche Kräfte und Bewegungen wie Transparency International, Attac, Tax Justice Network, Kampagnen zum „nachhaltigen Konsum“ und „fairem Handel“ sind Reaktionen auf Fehlentwicklungen und falsche Rahmensetzungen zum Beispiel durch das Regime der Welthandelsorganisation, WTO. Sie sind vor allem aber auch Ausdruck der Vernachlässigung von Wertvorstellungen, die im politischen Prozess keine Chance hatten und nunmehr von der Zivilgesellschaft propagiert und politisch sowie wirtschaftlich relevant gemacht werden. Deren Ziel ist es, den „Zeitgeist“ zu verändern und der Politik sowie den Unternehmen im „entgrenzten“ Markt zu signalisieren, dass sie sowohl bei den

²² S. Fußnote 12

Wahlentscheidungen der Bürger als auch den Kaufentscheidungen der Konsumenten mit „Sanktionen“ – mit Wahl- und Kaufenthaltung werden rechnen müssen, wenn sie weiterhin gemeinwohlorientierte Wertvorstellungen ignorieren.

Entgegen einer vor allem in der Zivilgesellschaft gepflegten Vorstellung sehe ich die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Entstehung und dem Wandel von Werten nicht in der Initiativrolle des „Agenda-Setting“, sondern in der wichtigen Rolle des Seismographen für Fehlentwicklungen und als Verstärker und Lautsprecher für die Notwendigkeit von Veränderungen in der Realpolitik und dem Wertesystem der Gesellschaft. Da dies weder mit „Moralpredigten“ noch mit Wunschbildern erreicht werden kann, ist die wichtigste Rolle der Zivilgesellschaft bei der Entstehung und dem Wandel von Werten die Herstellung einer öffentlichen Sphäre der Auseinandersetzung und des Diskurses.²³

In einem demokratisch legitimierten Willensbildungs- und Entscheidungsprozess ist Zivilgesellschaft daher ein wichtiger Akteur. Klar muss jedoch sein, dass aus normativer Sicht weder die Zivilgesellschaft noch die Wirtschaftsakteure über die Legitimation verfügen, allgemein verbindliche Entscheidungen selbst mit dem Hinweis auf Gemeinwohlinteressen zu treffen oder das Recht hierzu zu beanspruchen.

²³vgl. Annette Zimmer: Die aktuellen Probleme der Zivilgesellschaft, a. a. O., S. 2